

# Wintersession 2025: Überblick aus Sicht des VBSA

## Highlights:

### Klimadebatte vom 17. Dezember 2025

Während der Wintersession fand auf Forderung von den Grünen, SP und GPLS eine Debatte zur Klimapolitik der Schweiz statt. In der engagiert geführten [Debatte](#) wurden insbesondere zwei für den VBSA relevante Themen angesprochen:

- **Carbon Capture and Storage (CCS) und Negativemissionen:** Bundesrat Rösli betonte die Notwendigkeit von CCS für die sogenannten „letzten 10 Prozent“ der schwer vermeidbaren Emissionen, zu denen auch die Abfallverwertung gehört. Er verwies dabei auf seine Reise nach Norwegen zur Besichtigung von Speicherinfrastrukturen und auf unterzeichnete Staatsverträge mit Norwegen und Dänemark.
- **Kreislaufwirtschaft und Rechtsetzung:** Der Bundesrat hob die Umsetzung des revidierten Umweltschutzgesetzes (USG) zur Stärkung der Kreislaufmassnahmen hervor, räumt jedoch ein, dass einige Punkte noch in Bearbeitung sind. Wiederholt betonte er, dass der Rechtsrahmen für die Zeit 2030 – 2050 in Ausarbeitung seien und dem Parlament Mitte 2026 vorgelegt werde.

### CO<sub>2</sub> und Carbon Capture and Storage (CCS)

Die [Anfragen Schlatter](#) (Potenzial von Carbon Capture and Storage (CCS) ist kleiner als gedacht. Kein Joker für die Schweizer Klimapolitik) und [Clivaz](#) (Wird die Schweiz ihre Treibhausgasreduktionsziele für 2030 erreichen?) wurde vom Bundesrat beantwortet und sind somit erledigt. Während die Interpellationen [Girod](#) (Solidarische Finanzierung von Carbon Capture auf Kehrichtverbrennungsanlagen), [Bürgi](#) (Gebührenexplosion bei Abfallsäcken durch CO<sub>2</sub>-Abscheidung in Kehrichtverbrennungsanlagen) sowie die Motion der [SVP Fraktion](#) (Zurück zur Vernunft. Austritt aus dem Pariser Klimaübereinkommen) weiterhin offenbleiben, fordert [Nationalrätin Buillard-Marbach](#) Antworten zur inländischen Emissionsreduktion mit einer neuen Interpellation (CO<sub>2</sub>-Kompensation nach 2030). [Nationalrat Quadri](#) verlangte zudem in einer neuen Motion, dass keine zusätzlichen Abfallentsorgungsgebühren zur Finanzierung der Zusatzkosten einer CO<sub>2</sub>-Abscheidungsanlage erhoben werden. Falls nötig, fordert er die Auflösung der Branchenvereinbarung zwischen dem UVEK und dem VBSA. Der Nationalrat referenziert dabei einen Artikel der NZZ ([downloadbar auf der VBSA-Webseite](#)). Im Artikel [«Finanzierung von Carbon Capture auf KVA»](#) hat der VBSA die Aussagen des NZZ-Artikels in Kontext gestellt und die finanziellen Konsequenzen der CCS auf KVA in der Schweiz erklärt. Zu beachten gilt ebenfalls, dass das [Postulat Reichmüt](#) (Wäre eine vorgezogene Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr bei Kunststoffen zeitgemäss?) und die [Motion der UREK des Ständerates](#) (Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO<sub>2</sub>) beim Bundesrat in Ausarbeitung sind.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Behandelte Geschäfte</b>	<b>5</b>
<b>Im Nationalrat (NR)</b>	<b>5</b>
Anfrage (NR Marionna Schlatter, Grüne) - Carbon Capture and Storage (CCS)-Potenzial ist kleiner als gedacht: kein Joker für die Schweizer Klimapolitik	5
Anfrage (NR Christophe Clivaz, Grüne) - Wird die Schweiz ihre Treibhausgasreduktionsziele für 2030 erreichen?	5
<b>Im Ständerat (SR)</b>	<b>5</b>
<b>Pendente Geschäfte</b>	<b>5</b>
<b>Im Nationalrat (NR)</b>	<b>5</b>
Interpellation (NR Bastien Girod, Grüne; übernommen von NR Aline Trede) - Solidarische Finanzierung von Carbon Capture auf Kehrrichtverbrennungsanlagen	5
Interpellation (NR Gabriela Suter, SP) – Standards und Qualität der CO <sub>2</sub> -Entfernung	6
Interpellation (NR Sophie Michaud Gigon, Grüne) - Glas-Kreislaufwirtschaft. Welche Massnahmen zur Förderung und Finanzierung der Wiederverwendung?	6
Interpellation (NR Brenda Tuosto, SP) - Recycling von Elektro- und Elektronikgeräten. Hin zu einem wirksameren Rechtsrahmen	6
Interpellation (NR Céline Weber, GLP) – Plastiklawine beim Versand von Zeitschriften	6
Interpellation (NR Christophe Clivaz, Grüne) – Wie steht die Schweiz zu einer Regulierung der Plastikverschmutzung durch Zigarettenfilter?	7
Interpellation (NR Ursula Zybach, SP) – Plastikverpackung von Frischgemüse und Früchten – Anreize für Praxisänderungen schaffen	7
Interpellation (NR Martine Docourt, SP) - Verhandlungen über ein globales Abkommen gegen die Plastikverschmutzung. Bilanz und wie weiter?	7
Interpellation (NR Marionna Schlatter, Grüne) - Für ein wirksames Plastikabkommen und weniger Plastik in der Schweiz. Wie weiter nach dem Scheitern von Genf?	7
Interpellation (NR Roman Bürgi, SVP) - Gebührenexplosion bei Abfallsäcken durch CO <sub>2</sub> -Abscheidung in KVA	8
Motion (Fraktion SVP) – Zurück zur Vernunft. Austritt aus dem Pariser Klimaübereinkommen	8
Motion (NR Sophie Michaud Gigon, Grüne) - (Fast)fashion. Kreislaufwirtschaft mithilfe eines Schweizer Fonds für nachhaltige Mode	8
Motion (NR Ursula Zybach, SP) - Einschränkung von Kunststoffprodukten für den Unterwegskonsum und nationale Glaubwürdigkeit	9
Motion (NR Marionna Schlatter, Grüne) – Plastiksack-Comeback verhindern – mit einem Verbot	9
Motion (NR Reto Nause, Mitte) - Brandgefährlich! Kostendeckende Vergütung als Voraussetzung einer Branchenanerkennung im Bereich von E+E Recycling	9
Motion (NR Christian Imark, SVP) – Recyclinggebühr für die Brandbekämpfung in Abfall- und Recyclingbetrieben einsetzen	9

Motion (NR Céline Weber, GLP) - Anreize schaffen, damit die Plastikverpackungen für den Versand von Zeitschriften ersetzt werden.....	10
<b>Im Ständerat (SR).....</b>	<b>10</b>
Motion (SR, Pierre-Yves Maillard, SP) - Schaffung einer Wertschöpfungskette für rezykliertes Glas in der Schweiz.....	10
<b>Standesinitiative .....</b>	<b>10</b>
Standesinitiative (Kanton Genf) – Reduktion der in Deponien gelagerten Schlackenmengen .....	10
<b>Neu eingereichte Geschäfte .....</b>	<b>11</b>
<b>Im Nationalrat (NR) .....</b>	<b>11</b>
Interpellation (NR Bulliard-Marbach) – CO <sub>2</sub> -Kompensation nach 2030 .....	11
Motion (NR Lorenzo Quadri, LEGA) - Nein zu neuen Klimaabgaben. Keine nationale Abfallentsorgungsgebühr.....	11
<b>Im Ständerat (SR).....</b>	<b>11</b>
Interpellation (SR Pascal Broulis, FDP) - Exportation de déchets bitumineux en Hollande. Quelles alternatives durables et économiquement viables ? (Übersetzung folgt) .....	11
<b>Dem Bundesrat zur Umsetzung überwiesene Geschäfte .....</b>	<b>12</b>
Postulat (NR Christophe Clivaz, Grüne) - Förderung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft (06.06.2023).....	12
Motion (SR Marianne Maret, Mitte) - Festlegung von PFAS-spezifischen Werten in Verordnungen (06.06.2023) .....	12
Postulat (SR Othmar Reichmuth, SVP) - Wäre eine vorgezogene Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr bei Kunststoffen zeitgemäss? (13.06.2023).....	12
Postulat (UREK-N) - Raumplanerische Grundlagen für die Versorgungssicherheit mit inländischen Baumaterialien schaffen (11.03.2024) .....	12
Motion (UREK-N) - VOC -Lenkungsabgaben aufheben (05.12.2024).....	13
Motion (UREK-N) - Regulatorische Blockade beim Zink-Recycling beheben (05.12.2024) .....	13
Postulat (UREK-N) - Stand und Potenzial der Pyrolyse (20.12.2024).....	13
Postulat (UREK-N) - Chemisches Recycling von Kunststoffen (Pyrolyse) (20.12.2024) ....	13
Motion (NR Christophe Clivaz, Grüne) - Für ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten (Puff Bars) (04.06.2025).....	13
Motion (SR Jakob Stark, SVP) - Deponieraum für Holzaschen sicherstellen (12.06.2025) .....	14
Motion (UREK-S) - Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO <sub>2</sub> (06.05.2025).....	14
Postulat (NR Céline Weber, GLP) - Verpackungen. Rahmenbedingungen schaffen, die die Wiederverwendung fördern (06.05.2025) .....	14
Motion (NR Daniel Fässler, Mitte) - Biomasseanlagen in der Schweiz nicht gefährden, sondern erhalten und ausbauen .....	14
Motionen (UREK-S und UREK-N) - Stärkung nachhaltiger Baustoffe über die Vorbildfunktion des Bundes .....	15
Postulat (UREK-S) - Grundlagen für ein neues schlankes und wirksames CO <sub>2</sub> -Gesetz ...	15



Verband der Betreiber Schweizerischer Abfallverwertungsanlagen  
Association suisse des exploitants d'installations de valorisation des déchets  
Associazione svizzera dei gestori degli impianti di valorizzazione dei rifiuti

## Behandelte Geschäfte

---

### Im Nationalrat (NR)

#### [Anfrage \(NR Marionna Schlatter, Grüne\) - Carbon Capture and Storage \(CCS\)-Potenzial ist kleiner als gedacht: kein Joker für die Schweizer Klimapolitik](#)

Die Anfrage Schlatter nimmt eine Studie des IIASA zum Anlass, die das weltweite Potenzial sicherer geologischer CO<sub>2</sub>-Speicher deutlich tiefer einschätzt und damit die Rolle von Carbon Capture and Storage (CCS) als «Joker» der Schweizer Klimapolitik grundsätzlich infrage stellt. Die Nationalrätin will vom Bundesrat wissen, wie diese Erkenntnisse seine Netto-Null-Strategie beeinflussen, welche Kostenrisiken bei knapper werdenden Speicherplätzen entstehen und welche zusätzlichen Massnahmen ergriffen werden, um Netto-Null prioritär über direkte Emissionsreduktionen statt über unsichere Speichertechnologien zu erreichen. In seiner Antwort betont der Bundesrat, dass die Schweizer Klimastrategie ohnehin den Vorrang von Emissionsminderungen vorsieht, CCS primär für schwer vermeidbare Emissionen (z. B. Zement, Abfall, Luftfahrt) reserviert bleibt und parallel sowohl internationale Speicherabkommen wie auch die Weiterentwicklung der inländischen Klimapolitik nach 2030 (u. a. Revision CO<sub>2</sub>-Gesetz und neues Rahmengesetz zu CO<sub>2</sub>-Entnahme und -Speicherung) vorangetrieben werden. Dieses Geschäft ist somit erledigt.

#### [Anfrage \(NR Christophe Clivaz, Grüne\) - Wird die Schweiz ihre Treibhausgasreduktionsziele für 2030 erreichen?](#)

Die Anfrage Clivaz thematisiert, dass die Treibhausgasemissionen der Schweiz trotz bisherigen Reduktionen klar über den für 2030 und für den Zeitraum 2021–2030 festgelegten Zielpfad liegen und insbesondere der Verkehrssektor seine Emissionen nicht senken konnte. Der Bundesrat bestätigt, dass bisher nur ein sehr kleiner Teil der geplanten Auslandkompensation realisiert wurde, verweist auf die Anfangsphase dieser Projekte und hält fest, dass sektorielle Reduktionsziele und Instrumente im CO<sub>2</sub>-Gesetz und der CO<sub>2</sub>-Verordnung verankert sind, bei Bedarf aber zusätzliche internationale Bescheinigungen zugekauft werden könnten. Zudem sind für 2030 sektorielle Minderungsziele (u. a. Gebäude minus 50 %, Verkehr minus 25 %, Industrie minus 35 %) und die Vorgabe festgelegt, dass mindestens zwei Drittel der Gesamtreduktion im Inland erfolgen müssen. Dieses Geschäft ist somit erledigt.

### Im Ständerat (SR)

Keine

## Pendente Geschäfte

---

### Im Nationalrat (NR)

#### [Interpellation \(NR Bastien Girod, Grüne; übernommen von NR Aline Trede\) - Solidarische Finanzierung von Carbon Capture auf Kehrichtverbrennungsanlagen](#)

Die Interpellation 24.3958 fordert ein solidarisches Finanzierungssystem. Schweizer Kehrichtverbrennungsanlagen, um die Klimaziele bis 2050 zu erreichen. Der Bundesrat bestätigt, dass

eine einheitliche Erhöhung der Entsorgungstaxen rechtlich möglich ist und verweist auf bestehende Förderprogramme, die innovative Technologien wie CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung unterstützen. Die Stellungnahme des Bundesrates zum Vorstoss liegt vor.

#### [Interpellation \(NR Gabriela Suter, SP\) – Standards und Qualität der CO<sub>2</sub>-Entfernung](#)

Die Interpellation 24.4624 thematisiert die Standards und rechtlichen Rahmenbedingungen für CO<sub>2</sub>-Entfernung in der Schweiz, einschliesslich Anforderungen wie Speicherdauer, ökologische Standards und Verifizierbarkeit. Der Bundesrat verweist auf bestehende nationale Regelungen, internationale Richtlinien (z. B. IPCC) und bilaterale Klimakooperationsverträge, betont jedoch, dass freiwillige Zertifikate aus dem EU-Rahmenwerk derzeit nicht an Schweizer Klimaziele angerechnet werden können. Fragen zu Zertifizierungen und langfristigen Speichermethoden sollen im Rahmen der CO<sub>2</sub>-Gesetzesrevision nach 2030 weiter geprüft werden, um die Netto-Null-Ziele zu erreichen.

#### [Interpellation \(NR Sophie Michaud Gigon, Grüne\) - Glas-Kreislaufwirtschaft. Welche Massnahmen zur Förderung und Finanzierung der Wiederverwendung?](#)

Die Interpellation 24.4332 befasst sich mit der Förderung und Finanzierung der Wiederverwendung von Glasverpackungen in der Schweiz, insbesondere im Hinblick auf die Anpassung des Systems der vorgezogenen Entsorgungsgebühr (VEG) nach der Überarbeitung des Umweltschutzgesetzes. Der Bundesrat erklärt in seiner Stellungnahme, dass die Wiederverwendung von Glasverpackungen bereits in der geltenden Verordnung vorgesehen ist, und die Verwaltung derzeit Möglichkeiten zur Förderung von Mehrwegverpackungen sowie potenzielle Massnahmen im Bereich Verpackungen prüft.

#### [Interpellation \(NR Brenda Tuosto, SP\) - Recycling von Elektro- und Elektronikgeräten. Hin zu einem wirksameren Rechtsrahmen](#)

Die Nationalrätin kritisiert in ihrer Interpellation 24.4406 den gesetzlichen Rahmen für das Recycling von Elektro- und Elektronikgeräten in der Schweiz als nicht ausreichend verbindlich, insbesondere im Online-Handel, wo einige Anbieter ihre Rücknahmeverpflichtungen und die Erhebung des vorgezogenen Recyclingbeitrags umgehen. Dies führe zu Wettbewerbsverzerrungen und Sicherheitsrisiken durch unsachgemässe Entsorgung, weshalb eine Stärkung des Rechtsrahmens notwendig sei. Der Bundesrat erklärt in seiner Stellungnahme, dass mit der Revision des Umweltschutzgesetzes eine gesetzliche Grundlage für die Vorbereitung zur Wiederverwendung geschaffen wurde und den Onlinehandel somit stärker in die Verantwortung eingebunden ist, indem ausländische Unternehmen eine Vertretung in der Schweiz bestimmen müssen, die für die rechtlichen Pflichten haftet.

#### [Interpellation \(NR Céline Weber, GLP\) – Plastiklawine beim Versand von Zeitschriften](#)

Die Interpellation von Nationalrätin Weber thematisiert den Plastikverbrauch beim Versand von Zeitschriften und fragt nach Mengen, ökologischen Alternativen sowie möglichen Regulierungen. Der Bundesrat verweist auf eine Studie, die zeigt, dass Kunststoff- und Papierverpackungen in ihrer Umweltbelastung vergleichbar sind, wobei rezyklierte Folien oder biogene Varianten wie Kartoffelschalenfolien am günstigsten abschneiden würden; jedoch seien die Umweltaus-

wirkungen der Hüllen im Vergleich zur Produktion der Zeitschriften insgesamt gering. Regulierungsmöglichkeiten sieht der Bundesrat derzeit keine spezifisch für Zeitschriften, zumal schweizweit bereits Massnahmen zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft im Gange sind.

#### [Interpellation \(NR Christophe Clivaz, Grüne\) – Wie steht die Schweiz zu einer Regulierung der Plastikverschmutzung durch Zigarettenfilter?](#)

Die Interpellation von Nationalrat Clivaz thematisiert die Umwelt- und Gesundheitsgefahren durch Zigarettenfilter, die als weitverbreitete Quelle von Mikroplastik gelten, und fragt nach der Haltung der Schweiz im internationalen UNEP-Prozess sowie zu einem möglichen nationalen Verbot. Der Bundesrat anerkennt die Schädlichkeit von Zigarettenfiltern, betont jedoch, dass ein Verbot das Littering-Problem nicht lösen würde, weshalb er auf einen umfassenden Ansatz mit Prävention, Sensibilisierung, Infrastruktur und Sanktionen setzt. International setzt sich die Schweiz für ein verbindliches Abkommen zum Schutz von Umwelt und Gesundheit entlang des gesamten Kunststoff-Lebenszyklus ein, führt jedoch die Gespräche ergebnisoffen weiter.

#### [Interpellation \(NR Ursula Zybach, SP\) – Plastikverpackung von Frischgemüse und Früchten – Anreize für Praxisänderungen schaffen](#)

Die Interpellation von Nationalrätin Zybach kritisiert die unnötige Plastikverpackung von Frischgemüse und Früchten und fragt nach Mengen, Anreizen und Regulierungen. Der Bundesrat hält fest, dass keine systematische Datenerhebung zu diesen Verpackungen vorliegt und verweist auf bestehende rechtliche Grundlagen, die Eingriffe ermöglichen würden, sieht aber derzeit die Verantwortung beim Detailhandel, passende Lösungen zu wählen. Konsumentendruck sowie laufende Massnahmen zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft und zum Ausbau von Recyclingstrukturen seien aus Sicht des Bundesrats ausreichend, weshalb er aktuell keine zusätzlichen Schritte plant.

#### [Interpellation \(NR Martine Docourt, SP\) - Verhandlungen über ein globales Abkommen gegen die Plastikverschmutzung. Bilanz und wie weiter?](#)

Die Interpellation 25.4072 von Nationalrätin Docourt verlangt vom Bundesrat eine Bilanz der gescheiterten fünften Verhandlungsrunde zum globalen Plastikabkommen in Genf, präzisierende Fragen zur Rolle der Schweiz und zu ihren weiteren diplomatischen sowie nationalen Massnahmen zur Reduktion von Plastik, inklusive möglicher Verbote von Einwegprodukten gestützt auf Artikel 30a USG. Der Bundesrat betont, dass er sich international weiterhin für ein umfassendes, lebenszyklusbasiertes Plastikabkommen einsetzt und national bereits verschiedene Schritte wie die Revision der Verpackungsverordnung, die Einführung einer einheitlichen Littering-Busse und Beschränkungen für Mikroplastik vorantreibt, um die Plastikverschmutzung wirksam zu bekämpfen.

#### [Interpellation \(NR Marionna Schlatter, Grüne\) - Für ein wirksames Plastikabkommen und weniger Plastik in der Schweiz. Wie weiter nach dem Scheitern von Genf?](#)

Die Interpellation 25.4228 thematisiert das Scheitern der fünften UNO-Verhandlungsrunde in Genf zu einem globalen Plastikabkommen und verlangt vom Bundesrat Auskunft, wie die Schweiz das Ziel eines rechtsverbindlichen Abkommens über den gesamten Lebenszyklus von Kunststoffen weiterverfolgt, Entwicklungsländer unterstützt und gleichzeitig ihren eigenen hohen



Plastikverbrauch sowie den Export von Plastikabfällen reduziert. In seiner Antwort hält der Bundesrat fest, dass die Verhandlungen zwar ohne Einigung geblieben sind, die Schweiz sich aber weiterhin für ein umfassendes, wirksames Abkommen einsetzt, Entwicklungsländer finanziell und technisch unterstützt und national mit einer neuen Verpackungsverordnung, einer einheitlichen Littering-Busse, Beschränkungen für Mikroplastik sowie streng geregelten Exporten von Kunststoffabfällen zusätzliche Massnahmen gegen Plastikverschmutzung vorantreibt.

#### [Interpellation \(NR Roman Bürgi, SVP\) - Gebührenexplosion bei Abfallsäcken durch CO<sub>2</sub>-Abscheidung in KVA](#)

Die Interpellation 25.4142 thematisiert die Sorge, dass der Einbau von CO<sub>2</sub>-Abscheidungsanlagen in Kehrrichtverbrennungsanlagen zu massiv höheren Abfallgebühren für Haushalte führen könnte, und stellt dazu detaillierte Fragen zu Investitions-, Betriebs- und Folgekosten sowie zu deren Verteilung. Der Bundesrat hält fest, dass KVA zur Erreichung des Netto-Null-Ziels bis 2050 ebenfalls ihre Emissionen stark reduzieren müssen und verweist auf grobe Kostenschätzungen eines gesamtschweizerischen CCS-Systems, betont aber, dass konkrete Mehrkosten pro Abfallsack heute noch nicht abschliessend beziffert werden können. Er erklärt zudem, dass KVA derzeit keine direkten Bundesgelder erhalten, aber über bestehende Förderinstrumente Unterstützung beantragen können und dass verschiedene Finanzierungs- und Regulierungsoptionen – einschliesslich möglicher zukünftiger Einbindung ins Emissionshandelssystem oder neuer Abgabenmodelle – für die Zeit nach 2030 geprüft werden.

#### [Motion \(Fraktion SVP\) – Zurück zur Vernunft. Austritt aus dem Pariser Klimaübereinkommen](#)

Der Bundesrat wird durch diese Motion aufgefordert einerseits den Austritt der Schweiz aus dem Übereinkommen von Paris auf den nächstmöglichen Termin vorzunehmen und andererseits die nationale Gesetzgebung dahingehend anzupassen, dass die Versorgungssicherheit der Schweiz und die Wirtschaftlichkeit im Mittelpunkt der Energie- und Umweltpolitik stehen. In seiner Stellungnahme mit Antrag auf Ablehnung verweist der Bundesrat auf das neue Klimaschutzgesetz (KIG), dem revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz und dem Gesetz zur sicheren Stromversorgung. Mit diesen Gesetzen verfolge die Schweiz das Ziel, bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen und ihre Energieversorgung auf erneuerbare Quellen umzustellen. Der Bundesrat ist dabei an das Pariser Klimaübereinkommen gebunden, dessen Kündigung nur durch die Bundesversammlung möglich wäre, während gleichzeitig der Ausbau der heimischen, klimafreundlichen Stromproduktion und die Versorgungssicherheit zentrale Schwerpunkte der Energiepolitik bleiben. Die Besprechung im Erstrat steht an.

#### [Motion \(NR Sophie Michaud Gigon, Grüne\) - \(Fast\)fashion. Kreislaufwirtschaft mithilfe eines Schweizer Fonds für nachhaltige Mode](#)

Die Motion fordert die Einführung eines vorgezogenen, ökologisch abgestuften Recyclingbeitrags für neue Textilien, um einen Fonds für nachhaltige Mode zu schaffen und die Kreislaufwirtschaft in der Branche zu fördern. Hintergrund ist die zunehmende Menge minderwertiger Fast-Fashion-Textilien, von denen in der Schweiz jährlich etwa 96.700 Tonnen anfallen und mehr als die Hälfte verbrannt oder als Putzlappen verwendet wird, während nur 37 Prozent wiederverwendet werden. Der Bundesrat unterstützt derzeit stattdessen ein freiwilliges Branchensystem und empfiehlt die Prüfung einer gesetzlichen Recyclinggebühr erst, falls die freiwillige



Finanzierung nicht funktioniert. Entsprechend lehnt er die Motion ab. Die Besprechung im Erstrat steht an.

#### [Motion \(NR Ursula Zybach, SP\) - Einschränkung von Kunststoffprodukten für den Unterwegskonsum und nationale Glaubwürdigkeit](#)

Die Motion 25.3925 beauftragt den Bundesrat, eine Mehrwegpflicht oder Verbote für Einwegkunststoffprodukte wie Geschirr, Besteck und Plastiksäcke im Take-away-Bereich zu erlassen. Damit soll die hohe Umweltbelastung durch Plastikmüll reduziert und die Glaubwürdigkeit der Schweiz gestärkt werden, die sich international für ein strenges Plastikabkommen einsetzt, national jedoch auf griffige Massnahmen verzichtet. In seiner ablehnenden Stellungnahme weist der Bundesrat darauf hin, dass er die laufenden Vernehmlassungen abwarten möchte, bevor weitere Massnahmen geprüft werden. Die Besprechung im Erstrat steht an.

#### [Motion \(NR Marionna Schlatter, Grüne\) – Plastiksack-Comeback verhindern – mit einem Verbot](#)

Der Bundesrat wird durch diese Motion 25.3929 aufgefordert, ein Verbot für das Inverkehrbringen von kurzlebigen Einwegplastikprodukten – insbesondere Plastiksäcken – zu erlassen, um den Eintrag von Mikroplastik in die Umwelt und den menschlichen Organismus wirksam zu begrenzen. Damit soll verhindert werden, dass die bisher durch freiwillige Branchenvereinbarungen erreichten Fortschritte bei der Reduktion von Plastiksäcken wieder verloren gehen. Der Bundesrat lehnt diese Motion in seiner Stellungnahme ab und begründet diese Haltung durch die laufende Reduktion der Einweg-Plastiksäcke und der laufenden Vernehmlassung der Verpackungsverordnung. Die Besprechung im Erstrat steht an.

#### [Motion \(NR Reto Nause, Mitte\) - Brandgefährlich! Kostendeckende Vergütung als Voraussetzung einer Branchenankennung im Bereich von E+E Recycling](#)

Die Motion fordert, dass private Branchenorganisationen für elektrische und elektronische Geräte mit Batterien einen Recyclingbeitrag erheben müssen, der die vollen Kosten der Abfall- und Recyclingbetriebe inkl. der Risiken und Folgekosten von Fehlwürfen deckt. Hintergrund ist die starke Zunahme von Bränden in Schweizer Recyclingbetrieben durch falsch entsorgte Lithium-Ionen-Batterien, die sich bei Beschädigung entzünden und teure Schäden verursachen können. Ziel ist, die Vergütung an die Recyclingbetriebe so auszugestalten, dass die Risiken durch Batteriefehlwürfe finanziell abgedeckt werden und die Anerkennung der Branchenorganisationen daran gebunden ist. In seiner Stellungnahme vom 26. November 2025 erklärt der Bundesrat, dass es den Branchenorganisationen grundsätzlich freisteht, «die Teilnehmer am freiwilligen Branchensystem auch für die Risiken und Folgekosten aus Fehlwürfen von Lithium-Ionen-Batterien zu entschädigen.» Der Bundesrat verweist zudem auf die laufende Vernehmlassung zum neu geschaffenen Art. 32a ter USG betreffend freiwilligen Branchenorganisationen. Die Besprechung im Erstrat steht an.

#### [Motion \(NR Christian Imark, SVP\) – Recyclinggebühr für die Brandbekämpfung in Abfall- und Recyclingbetrieben einsetzen](#)

Die Motion des UREK-N Präsidenten fordert, die vorgezogene Entsorgungsgebühr (VEG) auf Altbatterien deutlich zu erhöhen und gezielt für Kampagnen und Präventionsmassnahmen zu

verwenden, um Fehlwürfe und damit Brandgefahren bei der Entsorgung insbesondere von Lithium-Ionen-Batterien zu reduzieren. Hintergrund sind die zunehmenden Brandvorfälle in Schweizer Abfall- und Recyclingbetrieben durch falsch entsorgte Batterien, die trotz aktueller Sensibilisierungsmassnahmen weiterhin zu erheblichen und oft teuren Schäden führen. Ein Teil der VEG soll künftig in einen Fonds fliessen, der gezielt vorbeugende Schutzmassnahmen der Betriebe finanziert und für wiederholende Öffentlichkeitsarbeit zur sicheren Batterienentsorgung eingesetzt wird. In seiner ablehnenden Antwort vom 26. November 2025 informiert der Bundesrat darüber, dass die Sensibilisierungskampagne von INOBAT im Jahr 2026 auf korrektes Batterierecycling fokussieren wird. Zudem betont der Bundesrat, dass Präventionsmassnahmen in der Verantwortung der Unternehmen liegen und eine neue staatliche Finanzierungsabgabe verfassungsrechtlich nicht zulässig wäre. Die Besprechung im Erstrat steht an.

#### [Motion \(NR Céline Weber, GLP\) - Anreize schaffen, damit die Plastikverpackungen für den Versand von Zeitschriften ersetzt werden](#)

Im Anschluss der Beantwortung der [Interpellation 25.3645](#) von dergleichen Nationalrätin fordert die Motion den Bundesrat auf, wirksame Massnahmen umzusetzen, um den Versand von Zeitschriften und andere Druckerzeugnisse in Plastikverpackungen nachhaltig zu reduzieren und alternative Lösungen zu fördern. Hintergrund ist die erhebliche Umweltbelastung durch jährlich rund 300 Tonnen Plastikabfälle, die grösstenteils nicht recycelbar sind und daher ökologische sowie ökonomische Probleme verursachen. In seiner Stellungnahme mit Antrag auf Ablehnung verweist der Bundesrat auf eine Studie des BAFU welche zeigt, dass Kunststoffversandhüllen bei Recycling teils eine bessere Ökobilanz haben als Papierhüllen, weshalb ihre Umweltwirkung nicht pauschal negativ bewertet werden kann. Der Bundesrat sieht keine Notwendigkeit für gesetzliche Eingriffe und setzt stattdessen auf Eigenverantwortung der Akteure zur Vermeidung unnötiger Verpackungen. Die Besprechung im Erstrat steht an.

### **Im Ständerat (SR)**

#### [Motion \(SR, Pierre-Yves Maillard, SP\) - Schaffung einer Wertschöpfungskette für rezykliertes Glas in der Schweiz](#)

Die Motion 24.3540 fordert den Bundesrat auf, rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Produktion und Vermarktung von Recyclingglas in der Schweiz wieder wirtschaftlich wird und Transporte über weite Strecken vermieden werden. Trotz ablehnender Haltung des Bundesrats hat der Ständerat die Motion am 25. September 2025 angenommen, womit die Motion weiterhin in Beratung in der UREK-N ist.

### **Standesinitiative**

#### [Standesinitiative \(Kanton Genf\) – Reduktion der in Deponien gelagerten Schlackenmenge](#)

Der Grosse Rat des Kantons Genf fordert die Bundesversammlung auf, den Bundesrat zu ersuchen, «die Abfallverordnung (VVEA) dahingehend zu ändern, dass eine bessere Verwertung von Schlacke erreicht und gleichzeitig ein angemessener Schutz der Bevölkerung und der Umwelt aufrechterhalten bleibt». Zudem sollen «Produkte, bei denen durch die Verbrennung besonders viel Schlacke entsteht oder die Toxizität besonders stark steigt, zu verbieten oder stark

zu besteuern, wenn es ein Alternativprodukt gibt.» Dabei wird insbesondere der mineralische Katzenstreu erwähnt, für welchen es Alternativen gibt.

## Neu eingereichte Geschäfte

---

### Im Nationalrat (NR)

#### [Interpellation \(NR Bulliard-Marbach\) – CO2-Kompensation nach 2030](#)

Die Interpellation 25.4543 thematisiert die vom Bundesrat beschlossene Verschiebung hin zu mehr inländischen Klimaschutzmassnahmen bis 2040 und zu einem sinkenden Anteil an Emissionsreduktionen im Ausland bis 2035. Die Nationalrätin verlangt präzise Angaben dazu, welche Mengen an Emissionsreduktionen der Bundesrat bis 2035 und 2040 im Inland erwartet, wie gross die verbleibenden Ziellücken für diese Jahre und für die Mehrjahresziele sind und auf welcher Grundlage der Kostenvergleich zwischen ausländischen CO2-Zertifikaten und inländischen Reduktionsmassnahmen erfolgt. Zudem wird ein längerfristiger Kostenvergleich bis 2050 gefordert, der die Kombination aus Auslandszertifikaten plus späteren Inlandreduktionen den sofortigen Inlandmassnahmen gegenüberstellt.

#### [Motion \(NR Lorenzo Quadri, LEGA\) - Nein zu neuen Klimaabgaben. Keine nationale Abfallentsorgungsgebühr](#)

Nationalrat Quadri fordert, dass keine zusätzlichen Abfallentsorgungsgebühren zur Finanzierung der Zusatzkosten einer CO2-Abscheidungsanlage erhoben werden. Falls nötig, fordert er die Auflösung der Branchenvereinbarung zwischen dem UVEK und dem VBSA.

### Im Ständerat (SR)

#### [Interpellation \(SR Pascal Broulis, FDP\) - Exportation de déchets bitumineux en Hollande. Quelles alternatives durables et économiquement viables ? \(Übersetzung folgt\)](#)

Die Interpellation 25.4450 thematisiert, dass aufgrund der verschärften VVEA-Vorgaben bitumenhaltige Strassenbaumaterialien mit hohen HAP-Gehalten ab 2028 nicht mehr in Schweizer Deponien abgelagert werden dürfen und mangels inländischer Thermoanlagen nach Rotterdam exportiert werden müssten, was für öffentliche Hand und Unternehmen hohe Kosten und praktische Probleme verursacht. Der Vorstoss fragt den Bundesrat, ob in der Schweiz thermische Behandlungsanlagen oder zusätzliche Deponien vom Typ E geplant sind, ob bestehende Deponien den Bedarf bis 2028 decken können, ob Rotterdam alle anfallenden Abfälle aufnehmen kann und ob alternative Lösungen wie verlängerte Deponiemöglichkeiten, Förderung von Behandlungsanlagen oder erweiterte Verwertungsoptionen geprüft werden. Zudem kritisiert der Text, dass die im erläuternden Bericht zur VVEA erwartete Entstehung von Behandlungsanlagen in der Schweiz bis heute nicht eingetreten ist, wodurch die bisherigen Annahmen zur Umsetzung der neuen Regeln in Frage gestellt werden.

## Dem Bundesrat zur Umsetzung überwiesene Geschäfte

---

Die folgenden Dossiers wurden dem Bundesrat überwiesen und befinden sich in der Umsetzung. In der Regel hat der Bundesrat nach der Verabschiedung (Datum in Klammern) zwei Jahre Zeit, um das Dossier zu behandeln:

### [Postulat \(NR Christophe Clivaz, Grüne\) - Förderung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft \(06.06.2023\)](#)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, eine Strategie zur Verbesserung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zu entwickeln, um die Kreislaufwirtschaft zu stärken und den Verlust von Rohstoffen durch den Export alter Fahrzeuge zu verhindern. Der Bundesrat lehnte das Postulat ab und argumentierte, dass das Recycling von Altfahrzeugen in der Schweiz bereits gut funktioniert, mit 97% der Altfahrzeuge, die von Schweizer Schredderwerken verarbeitet und recycelt werden. Der Nationalrat nahm das Postulat am 6. Juni 2023 an und überwies es dem Bundesrat.

### [Motion \(SR Marianne Maret, Mitte\) - Festlegung von PFAS-spezifischen Werten in Verordnungen \(06.06.2023\)](#)

Die Motion fordert den Bundesrat auf, in verschiedenen Verordnungen spezifische Grenzwerte und Konzentrationswerte für Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) festzulegen, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und den Kantonen einen rechtlichen Rahmen für den Umgang mit PFAS-Belastungen zu geben. Die Motionärin betont die besondere Gefährlichkeit von PFAS als ubiquitäre, persistente, bioakkumulierbare, toxische und mobile Stoffe, deren gesundheitliche Risiken noch besorgniserregender sind als ursprünglich angenommen. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion, die von beiden Räten angenommen wurde.

### [Postulat \(SR Othmar Reichmuth, SVP\) - Wäre eine vorgezogene Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr bei Kunststoffen zeitgemäss? \(13.06.2023\)](#)

Durch das Postulat wird der Bundesrat aufgefordert, die Einführung einer vorgezogenen Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr auf Kunststoffe zu prüfen und verschiedene Fragen zur Umsetzung, Finanzierung und gesetzlichen Grundlagen zu beantworten. Der Bundesrat lehnte das Postulat ab und verweist auf bereits bestehende Berichte, laufende Arbeiten und Verpflichtungen der Branche zur CO<sub>2</sub>-Reduktion bei Kehrlichtverbrennungsanlagen. Trotz dem Antrag auf Ablehnung durch den Bundesrat wurde das Postulat vom Ständerat am 13. Juni 2023 angenommen.

### [Postulat \(UREK-N\) - Raumplanerische Grundlagen für die Versorgungssicherheit mit inländischen Baumaterialien schaffen \(11.03.2024\)](#)

Das Postulat 20.4332 fordert den Bundesrat auf, raumplanerische Lösungen für den Abbau, das Recycling und das Deponieren von Primärrohstoffen sowie die Entsorgung nicht wiederverwertbarer Abfälle zu erarbeiten, um die Versorgungssicherheit mit inländischem Baumaterial sicherzustellen. Der Bundesrat lehnte das Postulat ab und argumentierte, dass die Raumplanung gemäss Verfassung den Kantonen obliegt und diese mit der kantonalen Richtplanung über geeignete Instrumente verfügen. Er betonte, dass der Bund bereits wichtige Grundlagen erarbeitet hat und die aktuelle Versorgungslage sich entspannt hat, weshalb momentan kein besonderer

Handlungsbedarf besteht. Der Nationalrat nahm das Postulat am 11. März 2024 an und überwies es dem Bundesrat.

#### [Motion \(UREK-N\) - VOC -Lenkungsabgaben aufheben \(05.12.2024\)](#)

Die Motion 23.3022 fordert den Bundesrat auf, eine Strategie zur Reduktion von Mikroplastik in der Umwelt zu erarbeiten und dem Parlament einen Bericht mit konkreten Massnahmen vorzulegen. Der Bundesrat lehnte die Motion ab, da er bereits verschiedene Massnahmen zur Reduktion von Mikroplastik ergriffen hat und weitere plant, wie beispielsweise die Erarbeitung eines Aktionsplans Mikroplastik. Er verwies zudem auf laufende, internationale Verhandlungen für ein globales Plastikabkommen, deren Ergebnisse in die nationalen Massnahmen einfließen sollen. Nach Annahme des Ständerates und Modifikation des Nationalrates wurde die Motion durch erneute Zustimmung des Ständerates am 5. Dezember 2024 dem Bundesrat überwiesen.

#### [Motion \(UREK-N\) - Regulatorische Blockade beim Zink-Recycling beheben \(05.12.2024\)](#)

Die Motion 24.3475 fordert den Bundesrat auf, die Abfallverordnung (VVEA) zu ändern, um die regulatorische Blockade beim Zink-Recycling zu beheben und Rechtssicherheit für das SwissZinc-Projekt zu schaffen. Der Bundesrat unterstützte die Motion und schlug vor, Rückstände aus der Verbrennung von Siedlungsabfällen ebenfalls als Siedlungsabfälle zu qualifizieren, wodurch sie unter das Siedlungsabfallmonopol fallen und nicht dem Wettbewerbsrecht unterliegen. Die Motion wurde sowohl vom Nationalrat als auch vom Ständerat angenommen.

#### [Postulat \(UREK-N\) - Stand und Potenzial der Pyrolyse \(20.12.2024\)](#)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, einen Bericht über die Vorteile der Pyrolyse von fossilen, biologischen und gemischten Abfällen zu erstellen, der den Nutzen und die Energieeffizienz dieser Technologie sowie die daraus gewinnbaren Treibstoffe thematisiert. Der Bericht soll auch den Nutzen der Pyrolyse für die Energiespeicherung und Negativemissionen hervorheben sowie konkurrierende Technologien und Unterstützungsmöglichkeiten aufzeigen. Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats, welches am 20. Dezember 2024 vom Nationalrat angenommen wurde.

#### [Postulat \(UREK-N\) - Chemisches Recycling von Kunststoffen \(Pyrolyse\) \(20.12.2024\)](#)

Der Bundesrat wird durch das Postulat aufgefordert, einen Bericht über die Auswirkungen einer Steuererleichterung für Treibstoffe aus dem chemischen Recycling von Kunststoffen (Pyrolyse) zu erstellen, der Einnahmeausfälle, mögliche Importanreize und CO<sub>2</sub>-Bilanz-Effekte untersucht. Der Bundesrat ist bereit, diese Aspekte im Rahmen eines bereits geplanten Berichts zum Potenzial der Pyrolyse zu behandeln, steht Steuererleichterungen jedoch kritisch gegenüber und verwies auf die Befristung bestehender Vergünstigungen für erneuerbare Treibstoffe bis 2030. Das Postulat wurde vom Bundesrat zur Annahme empfohlen und am 20. Dezember 2024 vom Nationalrat angenommen.

#### [Motion \(NR Christophe Clivaz, Grüne\) - Für ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten \(Puff Bars\) \(04.06.2025\)](#)

Die Motion 23.3109 fordert ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten ("Puff Bars"), da diese besonders bei Jugendlichen sehr beliebt sind, ein hohes Suchtpotenzial durch Nikotin

aufweisen und gleichzeitig massive Umweltprobleme durch ihre Wegwerfnatur und schwer recycelbare Komponenten verursachen. Obwohl der Bundesrat die Motion im 2023 zur Ablehnung empfahl, wurde sie vom Nationalrat und Ständerat angenommen und an den Bundesrat überwiesen. In der Stellungnahme verweist Bundesrätin Baume-Schneider u.a. auf die bereits bestehenden gesetzlichen Grundlagen für ein mögliches Verbot von Einwegprodukten aus Umweltschutzgründen, sieht aber ein nationales Verbot derzeit als verfrüht an, da noch offene Fragen zur internationalen Rechtslage sowie zur Wirksamkeit der neuen Massnahmen bestehen.

#### [Motion \(SR Jakob Stark, SVP\) - Deponieraum für Holzaschen sicherstellen \(12.06.2025\)](#)

Diese Motion (24.4064) fordert die Sicherstellung der Deponierung von Holzaschen, bis sinnvolle Verwertungsmöglichkeiten verfügbar sind. Der Bundesrat hat am 27. November 2024 die Annahme beantragt, der Ständerat stimmte am 3. Dezember 2024 und der Nationalrat am 12. Juni 2025 zu. Demnach soll der Bundesrat die Abfallverordnung (VVEA), besonders für Filtersaschen aus Altholzverbrennung anpassen und die Zusammenarbeit zwischen Akteuren im Rahmen bestehender Gesetze fördern.

#### [Motion \(UREK-S\) - Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO<sub>2</sub> \(06.05.2025\)](#)

Diese Motion 24.4256 beauftragt den Bundesrat auf, eine Rahmengesetzgebung für CO<sub>2</sub>-Abscheidung, -Transport und -Speicherung auszuarbeiten. Diese soll harmonisierte Regelungen, Finanzierungslösungen und vereinfachte Bewilligungsverfahren umfassen. Der Ständerat nahm die Motion am 5. Dezember 2024, der Nationalrat am 6. Mai 2025 an womit sie dem Bundesrat übertragen wurde. Der Bundesrat betonte in seiner Stellungnahme und Antrag auf Annahme der Motion die Notwendigkeit solcher Technologien und strebt verursachergerechte Finanzierungslösungen an.

#### [Postulat \(NR Céline Weber, GLP\) - Verpackungen. Rahmenbedingungen schaffen, die die Wiederverwendung fördern \(06.05.2025\)](#)

Das Postulat 24.4378 zielt darauf ab, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Wiederverwendung von Verpackungen fördern. Es wird vorgeschlagen, Unternehmen, die Glasflaschen wiederverwenden, von der Pfandpflicht zu befreien, um innovative Systeme zur Wiederverwendung zu unterstützen. Der Bundesrat hat die Annahme des Postulates beantragt und verwies in seiner Stellungnahme darauf, dass voraussichtlich im ersten Halbjahr 2025 eine Vernehmlassung zur Förderung von Mehrwegverpackungen aus Glas eröffnet wird. Der Nationalrat nahm das Geschäft im Mai 2025 an und überwies es an den Bundesrat.

#### [Motion \(NR Daniel Fässler, Mitte\) - Biomasseanlagen in der Schweiz nicht gefährden, sondern erhalten und ausbauen](#)

Die Motion fordert den Bundesrat auf, Gesetzesänderungen vorzunehmen und Massnahmen zu ergreifen, um den wirtschaftlichen Betrieb von Biomasseanlagen (Holz und Biogas) in der Schweiz auch in Zukunft zu gewährleisten. In seiner Stellungnahme erkennt der Bundesrat die Biomasse als nachhaltige und CO<sub>2</sub>-neutrale Energiequelle mit einem festen Platz im erneuerbaren Energiemix der Schweiz und fördert sie durch Investitionsbeiträge von bis zu 60 % für neue, erweiterte oder renovierte Anlagen. Obwohl er die Anliegen der Motion prüft, beantragte er deren Ablehnung, da bereits laufende Rechtsetzungsprojekte wie die Revision des Energiegesetz-



zes und das CO<sub>2</sub>-Gesetz Fördermassnahmen für Biomasseanlagen enthalten. Nach einem hin und her zwischen den beiden Räten, inklusive der Abschreibung im Rahmen eines anderen Geschäfts durch den Ständerat, beschloss der Nationalrat, dass das Geschäft trotz allem nicht abgeschrieben wird und übermittelte es dem Bundesrat.

#### [Motionen \(UREK-S und UREK-N\) - Stärkung nachhaltiger Baustoffe über die Vorbildfunktion des Bundes](#)

Die Motionen 25.3422 der UREK-S sowie 25.3426 der UREK-N fordert den Bundesrat auf, die Umsetzung von Artikel 10 des Klima- und Innovationsgesetzes zu beschleunigen und verbindliche Vorgaben zu schaffen, damit bei der öffentlichen Beschaffung nachhaltige Baustoffe – insbesondere Stahl, Zement, Asphalt, Aluminium, Dämmstoffe und Holz – bevorzugt werden und so deren Produktion gestärkt wird. Ziel ist es, durch die Vorbildfunktion des Bundes und die Hebelwirkung der öffentlichen Aufträge nachhaltige Baustoffe wettbewerbsfähiger zu machen und das inländische Potenzial besser zu nutzen. Der Bundesrat hat die Annahme der Motionen empfohlen und die Räte haben sie dem Bundesrat überwiesen.

#### [Postulat \(UREK-S\) - Grundlagen für ein neues schlankes und wirksames CO<sub>2</sub>-Gesetz](#)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, die Grundlagen für ein neues, schlankes und wirksames CO<sub>2</sub>-Gesetz zu prüfen, das auf vier Prinzipien basiert: verursachergerechte Abgaben auf alle Emissionen, dynamisch angepasste Abgabenhöhe, Rückerstattung der Einnahmen abzüglich Verwaltungskosten, und eine Abgabe auf den CO<sub>2</sub>-Fussabdruck importierter Produkte. Dabei sollen auch die wirtschaftlichen, politischen und administrativen Auswirkungen eingehend betrachtet werden. Der Bundesrat hielt in seiner Stellungnahme von Ende August 2025 das Anliegen für prozedural und inhaltlich verfrüht und wollte die Punkte im Rahmen der laufenden Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes angehen. Durch die Annahme des Postulates durch den Ständerat wurde es jedoch bereits jetzt dem Bundesrat überwiesen.